

Freitag, 25. Oktober 1974

Blatt 2597

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:  
(rosa)

Tag des Baumes: Initiative zur Durchgrünung  
innerstädtischer Bezirke  
Mariahilfer Verkehrsprobleme  
Notarztwagen für Risikobabies  
Neuer Fernwärmepreis beschlossen  
Wiener Gemeinderat  
Reform der Budgetdebatte des Wiener Gemeinderates  
geplant

Lokal:  
(orange)

Zerstörungswerk im Jugendzentrum Großfeldsiedlung  
Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche:  
Belagsarbeiten in der Hochstraße  
Injektionsarbeiten am Franz Josefs-Kai  
Ausstellung "100 Jahre Favoriten" geschlossen  
Beitrag im Kampf gegen den Herztod  
Stärkere Förderung des Wiener Fremdenverkehrs

Chef vom Dienst 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30, Sa. 10 bis 17 Uhr, So. 14 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband



k o m m u n a l :

=====

tag des baumes:

initiative zur durchgruenung innerstaedtischer bezirke  
stadtbahnviadukte mit kletterpflanzen

1 wien, 25.10. (rk) einen vorstoss zur verbesserung der umweltqualitaet in den innerstaedtischen bezirken kuendigte stadtrat peter s c h i e d e r heute, freitag, am tag des baumes, an. der forderung zahlreicher fachleute - architekten und umweltplaner - nach einer staerkeren durchgruenung des dichtverbauten gebietes wird demnaechst entsprochen. schieder stellte fest, dass die mittel aus den abgaben des baumschutzgesetzes - wenn keine ersatzpflanzung moeglich ist, muss bekanntlich ein bestimmter betrag gezahlt werden - im kommenden jahr ausschliesslich fuer die schaffung neuer gruenflaechen und baumpflanzungen in den gruenflaechenaermsten bezirken 1, 7 und 8 verwendet werden.

zur zeit prueft das stadtgartenamt, wo in diesen bezirken baumpflanzungen moeglich sind und wo eventuell neue gruenflaechen gestaltet werden koennen.

ausserdem wird zur zeit von den fachleuten untersucht, ob es moeglich ist, die stadtbahnviadukte zu begruenen. es ist daran gedacht, die stadtbahnboegen mit kletterpflanzen zu ueberziehen.

weitere laeuft zur zeit ein versuch zur erprobung einer neuartigen baumsetzmaschine. mit hilfe dieser maschine soll es moeglich sein, grosse baeume samt ihren wurzeln und dem erdreich zwischen den wurzeln auszugraben und an einer anderen stelle wieder einzusetzen.

mit hilfe dieser maschine will man in naechster zeit vor allem im bereich der donauinsel baeume umsetzen, die dem bau des entlastungsgerinnes im wege stehen. diese baeume sollen alle ohne ausnahme ihren neuen platz auf der insel erhalten.

0913



k o m m u n a l :

=====

mariahilfer verkehrsprobleme  
heuer 70.000 strafen gegen autofahrer

2 wien, 25.10. (rk) mariahilf erstickt im verkehr. ueber initia-  
tive von bezirksvorsteher hubert f e i l n r e i t e r wurden  
daher die dringendsten probleme in einer bezirksvertretungssitzung  
in anwesenheit von amtsrat ing. kurt schwarz (ma 46), oberstadt-  
baurat dipl.-ing. josef goettlicher (verkehrsbetriebe) und polizei-  
rat dr. michael sika (kommissariat mariahilf) besprochen. auch  
vertreter des oeamt und des arboe waren dazu eingeladen.

die bezirksvertretung war der einhelligen meinung, dass die  
kreuzung morizgasse - mollardgasse einer der gefaehrlichsten punkte  
im bezirk ist und etwa durch die anbringung einer stoptafel ent-  
schaerft werden sollte. im letzten jahr kam es auf dieser kreuzung -  
von den vielen karambolagen mit blechschaden ganz abgesehen - allein  
zu acht unfaellen mit personenschaden. von besorgten eltern, deren  
kinder auf dem schulweg die kreuzung passieren muessen, und von  
anrainern wurden bereits mehr als 200 unterschritten fuer eine  
rasche entschaerfung der gefaehrlichen kreuzung gesammelt.

der im jaenner 1972 von der bezirksvertretung einstimmig  
beschlossene antrag an den magistrat (ma 46) zur errichtung einer  
verkehrslichtsignalanlage auf dieser kreuzung wurde seinerzeit  
abgelehnt. es wurde jedoch auf der kreuzung eine vorrangtafel  
aufgestellt.

ing. schwarz bedauerte, dass mariahilf kein durchgehendes,  
ausgebautes strassennetz aufweist. durch die ueberlastung der  
durchzugsstrassen weichen viele autofahrer auf nebenstrassen aus,  
was zur haeufung von unfaellen fuehre. die errichtung von licht-  
signalanlagen sei ein finanzielles problem, erklaerte ing. schwarz.  
schon eine primitive ampelanlage koste mehr als 100.000 schilling.  
er versprach, dass die ma 46 pruefen werde, ob man an der kreuzung



morizgasse - mollardgasse ueber der fahrbahn haengende verkehrszeichen anbringen kann.

in der diskussion verlangte die bezirksvertretung, dass die linie 57 naeher an schoenbrunn herangefuehrt werde. dies sei ein wunsch vieler mariahilfer. oberstadtbaurat goettlicher meinte, auch dies sei ein finanzielles und obendrein ein personelles problem. er wies unter anderem darauf hin, dass die fuer die linie 13 getroffenen massnahmen (linienfuehrung) nur teilweise jene verbesserung gebracht haetten, die man erwartet hatte. ganz selten seien die haltestellen von den autobussen ohne schwierigkeiten anzufahren. viele strassenecken seien von fahrzeugen verstellt und es gebe immer wieder grosse stockungen.

polizeirat dr. sika berichtete ueber die schwierigkeiten der polizei. fuer heuer erwarte man in mariahilf insgesamt 70.000 strafen fuer autofahrer. man habe nicht nur gegen fahrzeuglenker anzu-kaempfen, die ihr auto in zweiter spur abstellen: man muesse bereits an manchen stellen gegen ''parker'' in dritter spur vorgehen. und dies auf der mariahilfer strasse (rufz).

bezirksvorsteher feilnreiter stellte abschliessend fest, dass alle hinweise auf finanzielle schwierigkeiten die bezirksvertretung nicht daran hindern sollten, berechnigte forderungen zu vertreten.

0919



k o m m u n a l :

=====

## notarzwagen fuer risikobabies

3 wien, 25.10. (rk) kommenden mittwoch, den 30. oktober, um 11.30 uhr, wird in der kinderlinik der stadt wien in glanzing der erste notarzwagen fuer neugeborene - es ist der erste in oesterreich - in betrieb genommen werden. der wagen, der eine spende des oesterreichischen jugendrotkreuzes ist, wird es kuenftig-hin ermoeeglichen, die intensivbehandlung von frueh- und risiko-geburten auch waehrend des transportes von der geburtsabteilung in die intensivstation fortsetzen.

die uebernahme wird in anwesenheit von bundesminister doktor ingrid l e o d o l t e r , gesundheits- und sozialstadtrat prof. dr. alois s t a c h e r und dem bundesvorsitzenden des oesterreichischen jugendrotkreuzes sektionschef dr. adolf m a e r z erfolgen. kardinal dr. franz k o e n i g wird die feierliche einweihung des wagens vornehmen.

0922



k o m m u n a l :

=====

## neuer fernwaermepreis beschlossen

1 wien, 25.10. (rk) der aufsichtsrat der heizbetriebe wien ges.m.b.h. hat donnerstag in einer ausserordentlichen sitzung die preise fuer fernwaerme neu festgelegt. abnehmer, mit denen ein grundpreis vereinbart wurde, bezahlen ab 1. november 2,40 s pro quadratmeter und wohnung sowie 251,50 s pro gigacalorie. abnehmern, die keinen grundpreis bezahlen, werden kuenftig 454 s pro gigacalorie verrechnet (alle preise ohne mehrwertsteuer).

hauptgrund fuer diese preiserhoehung sind die gestiegenen oelpreise. bei der letzten preisfestsetzung vor zwei jahren kostete eine tonne heizoel schwer 605 s, jetzt muessen dafuer 1618 s bezahlt werden, also fast das dreifache. dank ihrer langfristigen vorratspolitik konnte trotz der oelverteuerung in der vergangenen heizperiode eine verteuerung der fernwaerme vermieden werden. jetzt ist das nicht mehr moeglich: die mehrbelastung der heizbetriebe in dieser heizperiode betraegt 70 bis 75 millionen schilling. die heizbetriebe haben im maerz einen preisantrag bei der preisbehoerde gestellt. nach eingehender pruefung des antrages wurde nun der neue preis genehmigt.

fernwaerme, eine besonders bequeme und umweltfreundliche heizung bleibt - einer untersuchung des vereins fuer konsumenteninformation zufolge - eine der billigsten heizungsarten. der preis fuer eine gigacalorie nutzwaerme wurde bei verwendung von fernwaerme mit 490 s errechnet. billiger sind nur voeest-huettenkoks mit 470 s, ofenheizoel ab tankstelle mit 470 s, nachstrom mit 450 s, steinkohle mit 380 s und erdgas mit 330 s. teurer sind hingegen ofenheizoel frei wohnungstank mit 510 s, fluessiggas (tankabfuellung) mit 540 s, ofenheizoel mit kanister in die wohnung mit 550 s, hartholz mit 550 s, union brikett mit 560 s, anthrazit eierbrikett mit 580 s, tagstrom mit e-kueche mit 690 s, fluessiggas in 33 kg-stahlflaschen mit 920 s und tagstrom mit 970 s.

+++



L o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

belagsarbeiten in der hochstrasse

4 wien, 25.10. (rk) die hochstrasse in rodaun erhaelt im abschnitt zwischen der ketzergasse und der landesgrenze einen neuen fahrbahnbelag. die arbeiten beginnen am montag kommender woche und werden voraussichtlich zwei wochen zeit in anspruch nehmen. waehrend der bauzeit kann der durchzugsverkehr, wenn auch mit behinderungen, aufrechterhalten werden. in den kreuzungsbe- reichen der einmuendenden quergassen wird in der nacht gearbeitet.

schon ab heute freitag, gibt es im 19. bezirk zwei neue vorrang-strassenzuege: hasenauerstrasse - max emanuel-strasse - peter jordan-strasse - hans richter-gasse und cottagegasse bis zur krottenbachstrasse sowie die route silbergasse ab hof- zeile - ruthgasse - barawitzkagasse - gunoldstrasse bis zur heiligenstaedter laende.

injektionsarbeiten am franz josefs-kai

7 am franz josefs-kai wird morgen, samstag, vor den haeusern 19 und 21 mit injektionsarbeiten begonnen, die vier wochen zeit in anspruch nehmen werden. diese injektionsarbeiten koennen nur in der fahrbahn des franz josefs-kai vorgenommen werden und haben zur folge, dass auf 22 meter laenge eine einengung entsteht. die restliche fahrbahnbreite wird jedoch 5,8 meter, also zwei spuren betragen. waehrend der ersten woche muss ueberdies auch der gehsteig und zwar auf eine breite von 1,5 meter eingeengt werden. die arbeiten werden rund um die uhr, also tag und nacht, vorgenommen.

diese nachtraeglichen injektionsarbeiten sind notwendig geworden, weil sich herausgestellt hat, dass die schlitzwaende der kuenftigen u-bahn-station schwedenplatz nicht jene dichtheit aufweisen, die sie laut vertrag mit der baufirma haben muessten. eine sanierung der schlitzwaende in deren fugenbereich ist nur durch diese injektionen, die nicht zu lasten der stadt wien gehen, moeglich.



Kommunal:Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 25.10. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz trat der Wiener Gemeinderat Freitag zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung 66 Geschäftsstücke stehen. Sie betreffen überwiegend Grundtransaktionen, Subventionen im kulturellen und im sozialen Bereich, neue Wohnbauten, Schulbauten, Kanalbauten, Sportbauten und weitere Mittel für den U-Bahn-Bau.

Die FPÖ hat sieben Anfragen eingebracht, die ÖVP fünf.

Sieben Anträge, die dem Bürgermeister oder den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen wurden, sind eingebracht worden: Von der ÖVP betreffend die Förderung des Wiener Wohnungsbaus, die Erhöhung der Budgetmittel für die Instandhaltung von Bodenmarkierungen und für Verkehrslichtsignalanlagen, die Adaptierung höherer Schulen für körperbehinderte Kinder und Jugendliche, die Schaffung eines zusätzlichen Sonderkindergartens und die Sicherung von mindestens 200 Sonderkindergartenplätzen sowie die Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle für Behinderte, von der FPÖ betreffend die Offenlegung des Grundstückbesitzes der Stadt Wien und von der Bezirksvertretung des 7. Bezirkes betreffend die Erneuerung einiger Gebiete des 7. Bezirkes aufgrund des Stadterneuerungsgesetzes.

Schulversuche

Als Berichterstatter beantragte GR. Hanke (SPÖ) die Genehmigung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Gemeinde Wien über die Kostenverteilung für die an Wiener Schulen eingerichteten Schulversuche zur integrierten Gesamtschule.

Als erster Redner betonte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) die Skepsis, die er auf Grund der Erfahrungen in anderen europäischen Ländern diesem Schulversuch entgegenbringe. Dessen ungeachtet werde seine Partei für den vorliegenden Antrag stimmen, weil sie glaube, daß dieser Schulversuch den Anstoß zu einer Veränderung der Bildungs- und Ausbildungsstrukturen im Sinne einer stärkeren Chancengleichheit bilden könne.

GR. Prof. Zörner (ÖVP) kritisierte am Wiener Schulversuch, daß von den drei im Schulreformgesetz vorgesehenen Versuchsmöglichkeiten in Wien nur die integrierte Gesamtschule er- ./.



probt würde, während die additive Gesamtschule und der Schulversuch Orientierungsstufe überhaupt nicht erprobt würden. Außerdem bewiesen ausländische Erfahrungen, daß die Schaffung von Leistungsgruppen in den drei Hauptfächern Mathematik, Englisch und Deutsch zur Nivellierung in den übrigen Fächern führe. Auch sei die soziale Integration, wie internationale Erfahrungen bewiesen, durchaus nicht garantiert.

Im Hinblick auf den mit Beginn dieses Schuljahres angelaufenen Schulversuch "Ganztagsschule" bemerkte GR. Zörner, daß dieses Modell mit seinen über den ganzen Tag verstreuten Unterrichtsstunden, sollte es zur Regelschule werden, alle Kinder zwingen würde, den ganzen Tag in der Schule zu verbringen. Das von der ÖVP vorgeschlagene Modell der Tagesheimschule, das nur Vormittagsunterricht vorsehe, würde hingegen Eltern und Kindern Alternativmöglichkeiten bieten.

GR. Johanna Dohnal (SPÖ) wies den Vorwurf ihres Vorredners, daß die Schaffung von Leistungsgruppen in der integrierten Gesamtschule zur Nivellierung führe, zurück und brachte einige Prozentzahlen als Gegenbeweis. So habe an den normalen Hauptschulen laut einem Bericht des Wiener Stadtschulrates für das Schuljahr 1971/72 die Repetentenquote 3,4 Prozent, an den in dem Schulversuch "integrierte Gesamtschule" einbezogenen Schulen nur 0,8 Prozent betragen.

Zu den Vorwürfen im Hinblick auf den Schulversuch Ganztagsschule bemerkte GR. Dohnal, das positive Echo der Eltern, die die Schulverwaltung um die Schaffung von mehr Ganztagsschulen bestürmten und das Engagement der Lehrer an den Versuchsschulen beweise, daß nicht nur nicht von einer Verstaatlichung der Kinder gegen den Willen der Eltern, sondern im Gegenteil von einem ungeheuren Bedürfnis nach der Ganztagsschule die Rede sein müsse. Dies gelte nicht nur für berufstätige Mütter, die eine gute Versorgung für ihre Kinder wünschen, sondern auch für Nichtberufstätige, die die pädagogischen Vorteile der Ganztagsschule erkannt hätten. So seien im laufenden Schulversuch, der auf rein freiwilliger Basis durchgeführt wird, die Mütter von rund 50 Prozent der Kinder berufstätig.

In einer zweiten Wortmeldung forderte GR. Prof. Zörner (ÖVP) neuerdings auch die Erprobung des von der ÖVP vorgeschlagenen Schulversuches Tagesheimschule.



In seinem Schlußwort bemerkte Berichterstatter GR. Hanke zu dieser Forderung, die Ganztagschule solle doch mehr sein als eine "Kindergarderobe" am Nachmittag, für die es im übrigen bereits gut funktionierende Einrichtungen gebe.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

#### Schutzzone Josefstadt

Zum Antrag, die bereits im Mai vom Gemeinderat beschlossene Schutzzone im 8. Wiener Gemeindebezirk zu ändern, wobei weitere Gebiete dazukommen und andere ausgenommen werden, referierte GR. Prof. Sackmayer (SPÖ). Er erklärte, daß damit etwa die Hälfte der Josefstadt eine Schutzzone im Sinne der Altstadterhaltung sein wird. In den geschützten Gebieten befinden sich das Piaristenkloster und das Minoritenkloster, das Josefstädter Theater, der alte Ortskern der Josefstadt und bedeutende Jugendstilbauten.

GR. Dr. Macher (ÖVP) begrüßte prinzipiell die Schutzzonen in der Josefstadt, warf jedoch die Frage auf, warum die Bezirksvorstehung von den Änderungen nicht verständigt worden ist.

Bezirksvorsteher Kaparek (ÖVP) schilderte anschließend, daß zwar die Bezirksvertretung vor dem ersten Schutzonenbeschuß über die Vorstellungen der MA 7 und der MA 21 informiert und zur Stellungnahme aufgefordert worden ist, aber nach den erfolgten Änderungen der Schutzzone keine Information erfolgt sei. Erst durch Vorsprachen von Mietern des Hauses Josefstädter Straße 51 sei er aufmerksam gemacht worden, daß dieses Haus nicht mehr der Schutzzone angehören solle. Ein diesbezüglicher Brief an Stadtrat Ing. Hofmann sei bis heute nicht beantwortet worden.

Im Schlußwort nahm Prof. Sackmayer zu den Vorwürfen Stellung: Die im seinerzeitigen Gutachten der Bezirksvertretung geäußerten Wünsche sind die Grundlagen für den heutigen Antrag gewesen. Es war also nur mehr der Gemeinderat damit zu befassen. Das Haus Josefstädter Straße 51 sei aus der Schutzzone genommen worden, weil es weder einen historischen noch einen baukünstlerischen Wert darstelle.

Abstimmung: einstimmig angenommen.



Augartenbrücke

Den Antrag auf Generalsanierung der Augartenbrücke, Bericht-  
erstatter GR. Stockinger (SPÖ), benützte GR. Daller (ÖVP), um  
über das Brückenproblem im Bereich des Donaukanals zu sprechen.  
Er machte der Mehrheitsfraktion den Vorwurf, für den Individual-  
verkehr in diesem Gebiet zu wenig zu tun. Die Brücke hinter der  
Urania hätte 1971 zu bauen begonnen werden sollen, sie fehle noch  
immer. Alle Donaukanalbrücken seien hoffnungslos überlastet, auch  
im Bereich des Handelskais sei die Verkehrsregelung schlecht.

GR. Bednar (SPÖ) gab zu bedenken, daß die Planung im Zusammen-  
hang mit dem Ausbau der Straßen zu beiden Seiten des Donaukanals  
als Schnellstraßen wegen der schwierigen Situation längere Zeit  
in Anspruch nehme. Im übrigen sei unter Mitsprache der Be-  
zirksvertretung die beste Lösung gefunden worden. Sie werde in  
den nächsten Jahren in die Realität umgesetzt.

GR. Stockinger gab im Schlußwort zu bedenken, daß nicht alle  
Bauarbeiten gleichzeitig gemacht werden könnten, da die Be-  
lastung für die Bevölkerung sonst zu groß wäre. Verbesserungen für  
den Berufsverkehr durch den Bau der U-Bahn im 2. Bezirk müßten eben  
Vorrang haben.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Grundstückkauf

GR. Elisabeth Schindler (SPÖ) beantragte den Kauf des Hauses  
Migazziplatz 6 in Meidling. Die Grundfläche ist 453 Quadratmeter  
groß und soll um eine Million Schilling - 2.200 Schilling pro  
Quadratmeter - durch die Stadt Wien von Dr. Julius und Christa  
Kohl gekauft werden.

Als einziger Debattenredner erinnerte GR. Dr. Habl (ÖVP)  
zunächst an die diesjährige Debatte über den Rechnungshofbericht,  
in dem zahlreiche Grundstückstransaktionen kritisiert worden waren.  
Auch das heutige Geschäftsstück habe einen ungewöhnlichen Hinter-  
grund, sei die Fläche doch 1971 vom Gemeinderat als Erholungsgebiet  
gewidmet worden. Über Betreiben der Liegenschaftseigentümer sei  
heuer im Juni mit den Stimmen der SPÖ eine Rückwidmung in Bauland  
vorgenommen worden. Erst darnach seien die Verhandlungen mit dem  
Hauseigentümer wieder aufgenommen worden. Das Haus sei gepölzt und



für eine derartige "Bruchbude" solle die Stadt nun eine Million Schilling zahlen. Er bedaure es, schloß der Redner, daß solche Dinge auch in der Aera des Bürgermeister Gratz vorkämen.

Im Schlußwort wies die Referentin den Vorwurf zurück, der Gemeinde Wien würde durch diese Transaktion ein Schaden erwachsen. Denn auch wenn man das Grundstück als Parkfläche gekauft hätte, wäre dies ein ungewöhnlich teurer "Bespark" mit einer Feuermauer im Hintergrund geworden. Da die umgebenden Häuser in gutem Zustand seien, könne man die Baulücke einmal schließen.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

#### Wettbewerb Donaauraum

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) beantragte 45 Millionen Schilling für die zweite Stufe des Wettbewerbs für die Gestaltung des Donaubereichs. Die erste Stufe wurde im Sommer abgeschlossen, nun werden fünf Preisträger zu einem Projektteam zusammengefaßt, um das Gesamtkonzept auszuarbeiten.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, die Geschichte dieses Wettbewerbes sei kein rühmliches Kapitel der Stadtplanung. Wenn die zweite Stufe halbwegs gut über die Bühne gehen werde, so nur Dank der großzügigen Dotierung. Der Redner kritisierte, daß erst 1972, nicht schon 1965 oder 1963, der Wettbewerb gestartet wurde. Nun laufe der Wettbewerb parallel mit den Bauarbeiten. Der rasche Baufortschritt mache jetzt nur mehr eine gewisse Insel- und Uferkosmetik möglich.

GR. Hoffmann (ÖVP) erinnerte daran, daß es zwei Projekte für den Hochwasserschutz gab. Die ÖVP sei stets für das Projekt des Bundesstrombauamtes eingetreten, das billiger und rascher zu verwirklichen gewesen wäre. Es hätte auch gewisse Risiken, etwa bei einem Eisstoß, vermieden. Die Mehrheit des Gemeinderates habe anders entschieden, als demokratische Partei beuge sich die VP dieser Entscheidung. Dem für den Donaauraum entscheidenden Wettbewerb stimme sie zu. Mit dieser Zustimmung beweise sie, daß die Behauptung des Bürgermeisters, die ÖVP sei keine Wien-Partei, nicht istimme.



Die ÖVP sei bereit, auch als Opposition Verantwortung zu tragen. Der Redner begrüßte die von Stadtrat Ing. Hofmann angekündigte Wiedereinberufung der Gemeinderätlichen Planungskommission, die er eine Hauptforderung der ÖVP nannte.

GR. Edlinger (SPÖ) bezeichnete es als Ziel des Wettbewerbes, möglichst viele Ideen in die Planung einfließen zu lassen, um eine breite Basis für die nötigen politischen Entscheidungen zu finden. Den Wettbewerbsteilnehmern habe man bewußt einen sehr weiten Spielraum gelassen. Die zweite Wettbewerbsstufe solle in vier Phasen in etwa zwei Jahren abgeschlossen werden. Die erste Phase umfasse die Anlage, Gestaltung und Nutzung der äußeren Teile der Ufer, der Donauinsel und des Entlastungsgerinnes. Zu jedem Detail solle in Alternativen gedacht werden, wobei die fünf Teams zu einer gemeinsamen Empfehlung kommen sollten. Nur wenn das nicht gelinge, solle die Jury eine Empfehlung beschließen. Diese scheinbar komplizierte Vorgangsweise sei wertvoll, weil sie sichere, daß keine Idee verkümmere. Edlinger warf der ÖVP vor, daß sie 1963 in der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission für das Projekt mit der Donauinsel gestimmt habe. Erst im Wahlkampf 1969 habe sie ihre Meinung geändert. Die jetzige Zustimmung sei ein neuerlicher Meinungswandel, der zu begrüßen sei.

Abstimmung: Einstimmig gebilligt.

#### Ausbau Hohe Warte

GR. Dr. Müller (SPÖ) beantragte insgesamt 31 Millionen Schilling für den Ausbau des Sportplatzes Hohe Warte. Der Sportklub Vienna habe 1970 einen Ausbauplan vorgelegt, der einen Tribünenbau und die Ausgestaltung der Anlage zu einem Bezirkssportzentrum vorgesehen habe. Die Stadt Wien habe zur Realisierung dieses Plans die Bürgerschaft für einen Z-Kredit in der Höhe von 15 Millionen Schilling übernommen. Kostenerhöhungen, technische Schwierigkeiten, Bauverzögerungen und schließlich auch das Ausscheiden der Vienna aus der obersten Spielklasse hätten die Realisierung des Projekts verhindert.



Der vorliegende Antrag sehe vor, daß die Stadt die Rückzahlung des Z-Kredits übernimmt und zusätzlich 16 Millionen zur Verfügung stelle.

GR. Arthold (ÖVP) erklärte, es gebe in dieser Frage viele Ungereimtheiten. Er kritisierte die mangelhafte Rechnungslegung und das Fehlen eines Vertrages über die seinerzeitige Bürgschaft. Es sei auch von der Vienna keine Information verlangt worden, wie sie sich die Rückzahlung des Kredits vorstelle, man habe einfach dem damaligen Präsidenten vertraut. Die Gemeinde gebe riesige Summen für den Sport aus, die Effizienz der eingesetzten Mittel sei jedoch nicht gesichert. Bei Sportplatzinvestitionen müsse die spätere Auslastung und die Jugendarbeit gesichert werden. Arthold kritisierte, daß man ein Weststadion baue, während das Praterstadion meist leer stehe, daß die Pläne für den Ausbau des Franz Horr-Platzes im Widerspruch zur Autobahnplanung in diesem Bereich stünden, daß man viel Geld für die großen Vereine aufwende, während die Plätze der Kleinen in desolatem Zustand seien. Der Redner brachte den Antrag ein, nach einer Bestandsaufnahme einen Zeit- und Finanzierungsplan für die Adaptierung und Modernisierung der Sportplätze festzulegen.

GR. Brosch (SPÖ) stellte fest, daß man im Bereich des Sportes nicht eine reine Kostennutzenrechnung aufstellen könne, weil der Sport mit seiner gesundheitsfördernden und freizeitgestaltenden Wirkung in letzter Hinsicht dem Bereich der Kultur zuzurechnen sei. Auch müsse sichergestellt werden, daß im Sportbereich nicht die rein geschäftlichen Interessen Oberhand bekämen, was aber nur von Seiten der öffentlichen Hand geschehen könne. Zur Kritik an der mangelnden Planung der Sportstätten in Wien erklärte GR. Brosch, die in den letzten Jahren neugeschaffenen Sportstätten und Bäder widerlegten diese Behauptungen hinlänglich.

Berichterstatter GR. Müller (SPÖ) erklärte, die Befürchtung, daß nach der Schaffung des Sportzentrums West das Praterstadion leerstehen werde, sei unrealistisch, da dieses ja vor allem für Länderspiele bereitstehe. Auch die Behauptung, daß der Vienna-Sportplatz nicht in ein Sportzentrum für den Bezirk verwandelt werden könne, wies der Berichterstatter mit dem Hinweis auf die Trainingsanlagen, die natürlich der Bevölkerung zur Verfügung stehen werden, zurück.



Der Antrag wurde einstimmig angenommen, der Antrag der ÖVP wurde ebenfalls einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß weitergeleitet.

#### Subventionen

Stadtrat Hans Mayr (SPÖ) legte dem Gemeinderat eine Subventionsliste im Ausmaß von rund vier Millionen Schilling vor. Drei Millionen davon sind für die gemeinsame Geschäftsstelle des Zuwandererfonds, des Kuratoriums Wiener Jugendheime und des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime bestimmt.

In einer Wortmeldung erklärte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ), seiner Meinung nach sei es rechtlich nicht vertretbar, den drei Fonds, von denen jeder eine eigene Rechtspersönlichkeit darstelle, eine gemeinsame Subvention zu gewähren, Man müßte die Beträge aufschlüsseln.

Stadtrat Mayr erklärte dazu, es handle sich lediglich um einen Vorschuß für die einheitliche Geschäftsführung dieser drei Fonds, der selbstverständlich genau und einzeln abgerechnet würde.

Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -



k o m m u n a l :

=====

## reform der budgetdebatte des wiener gemeinderates geplant

9 wien, 25.10. (rk) der seit langem bestehende wunsch nach einer straffung der budgetdebatte des wiener gemeinderates soll nun realisiert zu werden. wie der geschaeftsfuehrende obmann der spoe-gemeinderatsfraktion, gemeinderat franz s c h r e i n e r , freitag in einem pressegespraech mitteilte, sei es nunmehr moeglich geworden, zu einer neuen form der budgetdebatte zu kommen. die sp-fraktion werde schon in den naechsten tagen den anderen im gemeinderat vertretenen fraktionen den vorschlag fuer eine solche reform unterbreiten. waehrend bisher pro tag zwei geschaeftsgruppen behandelt wurden, und sich die debatte mindestens ueber eine woche erstreckte, soll kuenftig nach einem einleitenden referat des finanzstadtrates eine zwei- bis dreitaegige debatte folgen. die debatte ueber die wiener stadtwerke soll nach einem referat des amtsfuehrenden stadtrates der geschaeftsgruppe (room) 8 gesondert vorgenommen werden. fuer heuer ist der beginn der debatte am 10. dezember in aussicht genommen.

die neue form soll bewirken, dass tatsaechlich eine vorschau auf das kommende jahr gegeben wird. bisher war es ueblich, sich im rahmen der budgetdebatte auch mit rueckblicken und dem aufzeigen vollbrachter leistungen zu befassen. nach ansicht der sp-fraktion soll dieser rueckblick in erweitertem umfang im zusammenhang mit der debatte ueber den rechnungsabschluss und den kontrollamtsbericht jeweils im juli gegeben werden. die zustimmung der anderen fraktionen vorausgesetzt, soll diese sitzung waehrend des sommers, die bisher jeweils zwei tage dauerte, kuenftig verlaengert werden.

1230



L o k a l :

=====

## zerstoerungswerk im jugendzentrum grossfeldsiedlung

12 wien, 25.10. (rk) in den spaeten abendstunden des donnerstag begannen mehrere junge leute in den raeumlichkeiten des jugendkreises im ersten stockwerk des hauses der begegnung in der grossfeldsiedlung in wien-floridsdorf waehrend des klubbetrieb mit der mutwilligen zerstoerung der einrichtung.

tische, sessel, aschenbecher und geschirr wurden zerschlagen, waende mit schmutz beschmiert, die toiletteanlage verwuestet, an drei stellen verbrannten die jugendlichen papier, wobei es leicht zu einem brand haette kommen koennen.

der trakt des jugendzentrums wurde freitag bis auf weiteres gesperrt. jugendkurse, die bisher dort durchgefuehrt wurden, werden in anderen raeumlichkeiten abgehalten werden. man rechnet mit instandsetzungskosten von rund 50.000 schilling.

gegen mehrere junge leute, die an der zerstoerung der einrichtung im jugendzentrum beteiligt waren - der neue jugendleiter des zentrums wurde dabei bedroht - wird von der polizei anzeige erstattet werden.

1328



L o k a l :

=====

## ausstellung '100 jahre favoriten' geschlossen

13 wien, 25.10. (rk) heute, freitag, wird die ausstellung '100 jahre favoriten' geschlossen. seit der eroeffnung am 27. september 1974 wurden dort rund 140.000 besucher gezaehlt. diese besucherzahl ist fuer eine derartige ausstellung ungewoehnlich hoch. sie zeigt das grosse interesse am kommunalen geschehen, erklaert sich aber auch daraus, dass viele favoritner den besuch der ausstellung mit einem spaziergang durch die neue fussgaengerzone verbunden haben. die erfolgreiche veranstaltungsserie aus anlass des 100jaehrigen bestehens des bevoelkerungsstaerksten wiener bezirkes wird morgen, am nationalfeiertag mit einer kuenstlerischen veranstaltung in der kurhalle auf dem wig-gelaende abgeschlossen, zu der die bezirksvorsteherung und die zentralsparkasse gemeinsam eingeladen haben und bei der auch buergermeister Leopold g r a t z erscheinen wird.

1349



l o k a l :

=====

## beitrag im kampf gegen den herztod

16 wien, 25.10. (rk) im rahmen einer kleinen feier wurde freitag in der (roem) 2. chirurgischen universitaetsklinik - vorstand prof. dr. j. n a v r a t i l - eine angiographieanlage in betrieb genommen. die anlage, deren anschaffungskosten gemeinsam von der ersten oesterreichischen spar-casse, der girozentrale und der zentralsparkasse der gemeinde wien getragen wurden, ermoeoglicht es, gefaessverschluesse und -verletzungen im herznahen wie auch im peripheren bereich festzustellen.

bei der angiographie handelt es sich um die roentgenologische darstellung von gefaessen durch eine kontrastmittelinjizierung. zweck der untersuchung ist es, ueber die art, groesse, form und verteilung der gefaesse sowie deren stroemungsverlauf auskunft zu erhalten. dem arzt wird es damit moeglich, sich ueber den zustand der gefaesse sowie der von diesen gefaessen versorgten organe zu informieren. dieses verfahren wird vor allem bei der diagnose von angeborenen und erworbenen erkrankungen, bei der feststellung von inneren blutungen oder organzerreissungen nach unfaellen, sowie im weiten bereich der medizinischen forschung angewandt.

die kosten der von der firma siemens errichteten roentgen-anlage betragen fuenf millionen schilling.

1435



l o k a l :

=====

staerkere foerderung des wiener fremdenverkehrs  
entwurf fuer neue ortstaxe in begutachtung

17 wien, 25.10. (rk) eine neuregelung der wiener ortstaxe soll die mittel bringen, um gerade in zeiten eines verstaerkten konkurrenz-kampfes und drohender rueckgaenge im internationalen fremdenverkehr intensiver fuer wien werben zu koennen. der magistratsentwurf dieser neuregelung, in form einer novelle zum wiener fremdenverkehrs-foerderungsgesetz, wurde dieser tage zur begutachtung ausgesendet.

die ecksaeetze fuer die berechnung der ortstaxe wurden im entwurf der tatsache angepasst, dass in wien ein steigender trend zu erstklassigen und luxushotels festgestellt werden konnte. waehrend somit in den billigen hotelkategorien keine wesentlichen aenderungen vorgesehen sind - saetze zwischen 1 und 5 schilling steigen auf 2 bis 6 schilling - , sind besonders von zimmerpreisen ab 500 schilling neue abstufungen geplant, die zusaetzliche einnahmen bringen. war bisher bei zimmerpreisen ueber 477 schilling ein einheitlicher hoechstsatz von 10 schilling ortstaxe gegeben, so soll die neuregelung bis zu einem hoechstsatz von 18 schilling (bei zimmerpreisen ueber 1000 schilling) reichen.

wie bisher ist das gesamtertraegnis der ortstaxe gesetzlich zur finanzierung der arbeit des fremdenverkehrsverbandes zweckgebunden. die zusaetzlichen einnahmen werden neue initiativen fuer den wiener tourismus ermoeglichen. die gesetzesnovelle soll ausserdem fixieren, dass der fremdenverkehrsverband fuer wien zur mitwirkung bei allen den fremdenverkehr erheblich beruehrenden massnahmen der stadtverwaltung berufen ist.